

A b s c h r i f t

- Légation de Suisse
en Inde

New Delhi, den 7. Juli 1949.

ad p.B. 51.14.21.20.E.-TH

J.3.31.8 - E/mf
B.1.13.

H. Müller für p. J. 74.25

Kaschmir-Konflikt - Kriegsmateriallieferungen an Indien und Pakistan.

Herr Minister,

Mit Ihrem Schreiben vom 17. v.M. haben Sie mir zur Kenntnis gebracht, dass Sie die Frage der Ausfuhr von Kriegsmaterial erneut prüfen und die Ansicht geäußert, dass, wenn zwar der Export von Waffen und Munition nach dem indischen Subkontinent nicht freigegeben werden könne, eine Lockerung für das übrige Kriegsmaterial vielleicht am Platze sei. Sie ersuchen mich, Ihnen mitzuteilen, ob die Ausfuhr von solchem Kriegsmaterial nach Pakistan von der indischen Regierung ungünstig aufgenommen werden könnte.

Die Aussichten für die Vermeidung eines kriegerischen Konfliktes auf dem indischen Subkontinent beurteilen sich im wesentlichen nach der Entwicklung des Kaschmir-Konfliktes, bzw. den Bemühungen zu dessen endgültiger Beilegung, welche leider auch heute noch nicht als günstig beurteilt werden dürfen. Die wiederholten Versuche der United Nations Kommission zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes haben zu keinem positiven Resultat geführt, da die Vorschläge der Kommission von beiden Parteien abgelehnt worden sind. Ein hauptsächliches Hindernis bildet die Frage der Entwaffnung der militärischen Formationen der sogenannten Azad-Kaschmir Regierung, von welcher die indische Regierung den Rückzug ihrer Truppen abhängig macht; im übrigen verlangt die indische Regierung die Einräumung gewisser militärischer Stützpunkte im Norden Kaschmirs, wogegen sich die Regierung von Karachi auflehnt. In den letzten Tagen hat die UN-Kommission eine neue Demarche in Delhi und Karachi unternommen und die Einberufung einer Konferenz von militärischen Sachverständigen vorgeschlagen, welche unter Ausschluss der Behandlung von politischen Fragen lediglich die sogenannte "Cease fire line" feststellen sollte. Wie ich heute vom Generalsekretär des Aussenministeriums erfahren habe, sei die indische Regierung geneigt, diesen Vorschlag anzunehmen. Im übrigen aber ist die Lage in Kaschmir noch durchaus unabgeklärt. Die Voraussetzungen für eine Befriedigung des Landes und die Abhaltung eines Plebiszites wären die Rückkehr der infolge der Unruhen vertriebenen Flüchtlinge auf beiden Seiten der Front. Infolge der sehr starken Zerstörungen in einzelnen Gebieten und des Misstrauens, das seitens der Flüchtlinge den Behörden

An die Abteilung für Politische Angelegenheiten
des Eidgenössischen Politischen Departements, B e r n

Dodis



und der Bevölkerung an ihren ehemaligen Heimstätten entgegengebracht wird, ist hingegen diese Rückkehrbewegung noch kaum in Gang gekommen. Die Delegierten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz haben in dessen Auftrag eine Untersuchung durchgeführt und dabei festgestellt, dass mit mindestens 160'000 sog. "displaced persons" zu rechnen sei.

Auf beiden Seiten der früheren Front werden weiter militärische Formationen, wenn auch in stark reduzierten Beständen, aufrecht erhalten; sie seien jederzeit bereit, die militärischen Operationen wieder aufzunehmen, namentlich auf Seiten Pakistans, so dass ein relativ geringer Zwischenfall neue Komplikationen auslösen könnte.

Indien hat aus dieser unabgeklärten Sachlage die Konsequenz gezogen, den im Herbst 1947 vom damaligen Maharadscha von Jammu-Kaschmir ausgesprochenen Anschluss als definitiv zu betrachten und behandelt demnach Kaschmir als eigenen der Union angeschlossenen Staat; in verschiedenen offiziellen Erörterungen ist diese These bekräftigt worden und seit einem Monat wird die indische Konstituierende Nationalversammlung auch von Vertretern des Staates Jammu-Kaschmir beschickt. Ministerpräsident Pandit Nehru hat sich in letzter Zeit verschiedentlich nach Srinagar, der Hauptstadt Kaschmirs, begeben und weilt gegenwärtig in Leh, Hauptort des Bezirks Ladakh, um einer Einladung der dortigen buddhistischen Mönchsorden Folge zu leisten, welche ihre unverbrüchliche Treue gegenüber Indien durch eine nach Delhi entsandte Delegation haben erklären lassen. Dennoch ist die indische Regierung nach wie vor bereit, ein Plebiszit über die Frage des endgültigen Anschlusses Kaschmirs veranstalten zu lassen. Ihre entschiedene Haltung in der Frage des Anschlusses zeigt jedoch, dass sie für diese Volksabstimmung zum voraus möglichst günstige Voraussetzungen schaffen möchte. Neutrale Beobachter, die Kaschmir bereist haben, behaupten immer wieder, dass, wenn eine wirklich freie Abstimmung abgehalten würde, kein Zweifel darüber aufkommen könne, dass sich die Bevölkerung Kaschmirs, auf Grund gemeinsamer religiöser Affinitäten mit Pakistan, mit grosser Mehrheit für letzteres entscheiden würde; eine Ausnahme stelle höchstens der Distrikt von Jammu dar. Trotz der grossen Popularität des Regierungschefs Scheik Abdullah sei es unwahrscheinlich, dass die Bevölkerung seine indienfreundliche Politik unterstützte. An dieser Sachlage habe auch die von der Regierung erzwungene Abreise des so unpopulären Maharadscha von Jammu-Kaschmir nichts geändert, infolge welcher die Leitung des Staates nunmehr in die Hände des jugendlichen ältesten Sohnes übergegangen ist.

Die Lage ist somit durchaus unübersichtlich; Indien versucht mit allen Mitteln, am gegenwärtigen Zustand festzuhalten während Pakistan auf die baldige Abhaltung eines Plebiszites drängt. Solange es nicht möglich sein wird, ein Waffenstillstandsabkommen zustande zu bringen, besteht noch immer die offenbare Gefahr kriegerischer Verwicklungen. Unter diesen

- 3 -

Umständen würde ich es nicht für angezeigt erachten, die Ausführung von Kriegsmaterial gegenüber Pakistan und Indien zu lockern. Eine hauptsächliche Aufgabe der indischen Vertretungen im Ausland besteht darin, die Bezüge von Waffen und Munition durch Pakistan im Ausland zu überwachen. Falls Bezüge von Kriegsmaterialien in die Schweiz verlegt würden, könnte dies zu einer unangenehmen Pressediskussion führen, auch wenn wir grundsätzlich bereit sind, auch Indien solches zu liefern. Der indischen Regierung könnte allerdings dargetan werden, dass wir es nicht verhindert haben, dass sie mit der Firma Bührle in Oerlikon ein Abkommen für die Einrichtung eines industriellen Unternehmens für die Herstellung von Kriegsmaterialien und Munition abgeschlossen hat. Pakistan seinerseits wird kaum in die Lage kommen, ähnliche Projekte zu verfolgen, da es der nötigen Rohmaterialien für die Erstellung eines solchen Betriebes ermangelt.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

sig. A. Daeniker.